

Änderungsantrag

**der Abgeordneten Dr. Klaus Grehn, Pia Maier, Monika Balt, Dr. Heidi Knake-Werner
und der Fraktion der PDS**

**zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2001
– Drucksachen 14/4000 Anlage, 14/4302, 14/4511, 14/4521, 14/4522, 14/4523 –**

**hier: Einzelplan 11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Kapitel 11 12 wird der Titel 893 10-253 – Sachkostenzuschüsse an Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – mit 500 Mio. DM angesetzt. Der bestehende Haushaltsvermerk wird durch folgende Verpflichtungsermächtigungen ergänzt:

Für das Jahr 2002 wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500 Mio. DM vorgesehen.

Berlin, den 28. November 2000

**Dr. Klaus Grehn
Pia Maier
Monika Balt
Dr. Heidi Knake-Werner
Roland Claus und Fraktion**

Begründung

Folgt man ihren öffentlichen Erklärungen, dann will die Bundesregierung die Maßnahmen der Arbeitsförderung auf hohem Niveau fortsetzen. Dazu im Widerspruch steht, dass die Sachkostenzuschüsse an Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Haushaltsentwurf für das Jahr 2001 auf Null reduziert werden sollen. Die entsprechenden Träger, die vor allem im sozialen Bereich, der Kinder- und Jugendarbeit, der Frauenarbeit, der Behindertenarbeit, der Ausländerintegration, der Arbeitslosenarbeit u. ä. tätig sind, mussten in der

Vergangenheit zahlreiche ihrer Projekte schließen, weil die notwendigen Sachkosten nicht abgedeckt waren und beantragte Mittel nicht bewilligt wurden.

Bei Aufrechterhaltung des Widerspruchs zwischen den für Personalkosten bereitgestellten Mitteln einerseits und den fehlenden Sachkosten andererseits wird gerade in den neuen Bundesländern die Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur wie auch der Fortbestand der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf hohem Niveau nicht möglich sein.

Schon in diesem Jahr hat sich dieser Widerspruch verschärft, weil die wenigen verbliebenen Sachkostenzuschüsse nur noch für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Programms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorgesehen sind und insbesondere eine Steigerung der Kosten für Heizung durch steigende Energiepreise zu verzeichnen ist.

Die Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2002 ist auf die weitere Aufrechterhaltung der Maßnahmen gerichtet.